

„Wir schaffen es nicht mehr!“ Appell an Senat und Bürgerschaft

Die Grundschulen sind mit ihrer Kraft am Ende. Brandbriefe der Schulleitungen, Aktionen des „Bremer Bündnis für Bildung“ - auf verschiedenen Wegen ist deutlich geworden, dass die Bremer Grundschulen mehr Ressourcen brauchen. Ein weiterer Ausbau von Inklusion und Ganzttag ist leichtfertig, solange die Qualität in den bestehenden Einrichtungen nicht gewährleistet werden kann und sich aufgrund des wachsenden Aufgabenspektrums sogar verschlechtert.

Besondere Unterstützung brauchen Schulen, die unter erschwerten Bedingungen arbeiten. Probleme, die alle Grundschulen belasten, treten hier kumuliert auf und verstärken sich gegenseitig. Ein auch nur annähernd verantwortbarer Inklusionsrahmen ist an vielen Stellen nicht mehr gegeben. Geflüchtete Familien finden vorrangig in den belasteten Stadtteilen Wohnraum. Das führt zu einer weiteren Verdichtung der Aufgaben.

Anders als die durchgängig verbesserten Werte im Sozialindex suggerieren, stellen wir eine Zunahme der Belastungen fest:

- trotz der Vorkurse immer häufiger fehlende Sprachkenntnisse aufgrund zu großer Gruppen und der zu geringen Verweildauer im Kurs
- fehlende Sprachförderressourcen in den Grundschulen
- hoher Zuwendungsbedarf der zahlreichen traumatisierten Kinder (nicht nur durch Fluchterfahrungen)
- mit der Folge: eingeschränkte Arbeitsbereitschaft und Sozialkompetenz
- erhöhte Fluktuation in den Klassen der belasteten Schulstandorte
- zu einem großen Teil Klassenfrequenzen über der Höchstfrequenz
- Zunahme des Anteils von Schulanfängern ohne Kita-Erfahrung
- Ansteigen der Quote von Kindern aus armen Familien
- Ansteigen der Quote von Kindern mit erhöhtem Zuwendungsbedarf
- fehlende Räume für die durch inklusive Aufgaben gegebenen Anforderungen

Auf der anderen Seite fehlen personelle Ressourcen in allen Bereichen: Grundzuweisung, Vertretungsstunden, Unterstützung durch Sonderpädagog*innen und Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, Assistenzen. Die Lehrerinnen, Lehrer und das pädagogische Personal an den prekären Standorten sind unverhältnismäßig hoch belastet. Das führt zu Imageschäden für die Schulen und erhöhtem Krankenstand, Abwanderungstendenzen und erschwerter Anwerbung von Personal.

Ungerecht sind nicht nur die Bildungschancen der Kinder, sondern auch die Arbeitsbedingungen der Pädagoginnen und Pädagogen.

Der Arbeitskreis der Grundschulen in prekärer Lage fordert deshalb:

- Aufklärung über die Grundlagen und Folgen der Neuberechnung des Sozialindex
- Erhöhung der Grundzuweisung für Schulen in prekärer Lage
- Anerkennung der Zusatzaufgaben außerhalb des Unterrichts als Arbeitszeit
- Reduktion des Unterrichtsdeputats um 2-3 Stunden
- Verlässliche Absicherung von Inklusion und Ganztags
- Keine Neueinrichtung von Ganztagschulen ohne Absicherung der bestehenden Standorte
- Bedarfsgerechte Ausstattung mit Sonder- bzw. Inklusionspädagog*innen, Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen und Assistenzkräften
- Ausstattung der ZuP nach der realen Bedarfslage
- Bedarfsgerechte Ausstattung der ReBuZ, damit zeitnahe und fachlich fundierte Unterstützung geleistet werden kann.

Ohne Entlastung und Unterstützung werden wir schon die Grundversorgung nicht mehr schaffen. Ohne Verbesserung der Arbeitsbedingungen wird es auch nicht gelingen, neue Kolleg*innen zu gewinnen, um freie Stellen zu besetzen.

Es brennt. Handeln Sie jetzt!

Für die Landesgruppe Bremen des Grundschulverbands
Frauke Brandt und Maresi Lassek